



Der spektakuläre Zugriff auf Nicolás Maduro markiert nicht nur das vorläufige Ende seiner Präsidentschaft, sondern wirft grundsätzliche Fragen zur völkerrechtlichen Legitimität, zur Rolle der USA in Lateinamerika und zur Zukunft des venezolanischen Staatswesens auf. Während Donald Trump sich als faktischer Machthaber für Venezuela inszeniert, ringt die neue Übergangsregierung unter Delcy Rodríguez um internationale Anerkennung und innenpolitische Stabilität.

Maduro vor US-Gericht

Am Montag soll Venezuelas abgesetzter Präsident Nicolás Maduro in New York einem US-Bundesrichter vorgeführt werden. Die Anklage: Drogenhandel, Terrorismusunterstützung, Korruption. Der Vorgang ist in seiner Dimension beispiellos. Ein amtierendes Staatsoberhaupt wird auf fremdem Territorium verhaftet, außer Landes gebracht und muss sich nun vor einer ausländischen Justiz verantworten – ohne erkennbaren bilateralen Auslieferungsvertrag, ohne Mandat der Vereinten Nationen, ohne Zustimmung regionaler Organisationen.

Die Vereinigten Staaten rechtfertigen ihr Vorgehen als „internationale Polizeiaktion“ zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und zum Schutz der westlichen Hemisphäre vor transnationalem organisiertem Verbrechen. Kritiker hingegen sprechen von einem Bruch des Völkerrechts, einem Präzedenzfall für künftige Eingriffe und einem Rückfall in eine interventionistische Doktrin, wie man sie seit dem Kalten Krieg glaubte überwunden zu haben.

Trump erklärt Venezuela zur Einflusszone

Präsident Donald Trump ließ keinen Zweifel daran, wie er das neue Kräfteverhältnis versteht. „Die Vereinigten Staaten sind jetzt am Drücker“, erklärte er auf dem Rückflug von Florida nach Washington. Wer in Caracas künftig das Sagen habe, sei „klarer als je zuvor“. Es ist ein Tonfall, der Erinnerungen an die Monroe-Doktrin wachruft – jenes 200 Jahre alte Prinzip, das Lateinamerika zur exklusiven Interessensphäre der USA erklärt.

Doch im Unterschied zu früheren Interventionen, die diskret über Geheimdienste, Wirtschaftssanktionen oder diplomatische Isolation verliefen, steht diesmal die militärische Präsenz offen im Raum. Auch wenn US-Truppen offiziell nicht dauerhaft in Venezuela verbleiben sollen, wird ihre kurzfristige Stationierung zur Stabilisierung der „Übergangsphase“ nicht ausgeschlossen. Der Begriff „tutelle“ – Vormundschaft – macht in internationalen Kommentaren bereits die Runde.



Die Übergangspräsidentin zwischen Pragmatismus und Ohnmacht

Die venezolanische Oberste Gerichtshof setzte unmittelbar nach Maduros Abtransport seine langjährige Vizepräsidentin Delcy Rodríguez als Interimspräsidentin ein. Rodríguez, eine loyale Weggefährtin Maduros, gibt sich nun moderat und gesprächsbereit. In einem ersten offiziellen Statement forderte sie „respektvolle, gleichberechtigte Beziehungen“ mit Washington und schlug einen „Kooperationsfahrplan“ vor, der auf „gemeinsame Entwicklung im Rahmen des Völkerrechts“ ziele.

Doch ihr Handlungsspielraum ist begrenzt. Ohne Kontrolle über Polizei, Militär oder Verwaltung bleibt ihre Autorität symbolisch. Der oppositionelle Parlamentspräsident Juan Guaidó, bereits 2019 kurzzeitig international als Präsident anerkannt, forderte eine „Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung“ und warnte vor einer „US-gesteuerten Refeudalisierung venezolanischer Institutionen“.

Zugleich laufen auf Betreiben von Rodríguez diplomatische Initiativen zur Freilassung Maduros und seiner Frau. Eine eigens gebildete Kommission soll – unter Beteiligung mehrerer lateinamerikanischer Staaten – Wege zu einem konsensualen Lösungsprozess ausloten. Der politische Balanceakt zwischen Loyalität gegenüber dem gestürzten Präsidenten und Anpassung an die neue Realität könnte zum Lackmustest ihrer Glaubwürdigkeit werden.

Internationale Reaktionen und ein gespaltenes Caracas

Auf den Straßen der Hauptstadt protestierten in der Nacht zum Montag rund 2.000 Maduro-Anhänger gegen dessen Festnahme. Mit Slogans wie „Das Imperium hat ihn entführt“ und „Venezuela ist keine Kolonie“ artikulierte sich der harte Kern des chavistischen Lagers – teils bewaffnet, teils militant. Bisher blieb es bei symbolischen Aktionen, doch die Sorge vor einer Eskalation bleibt.

Die internationale Gemeinschaft zeigt sich derweil tief gespalten. Während einige lateinamerikanische Staaten – darunter Kolumbien, Brasilien und Argentinien – die Operation zumindest indirekt unterstützten, äußerten europäische Länder und China Bedenken hinsichtlich der völkerrechtlichen Grundlagen. Russland sprach von einem „Akt der Aggression“, während Kuba den Tod von 32 seiner in Venezuela stationierten Militärberater bekanntgab. Die UN-Sicherheitsratssitzung am Montagabend dürfte zur diplomatischen Nagelprobe werden.

Der Fall Maduro könnte langfristig eine tektonische Verschiebung in den internationalen



Washingtons neue Ordnung: Die Verhaftung von Nicolás Maduro und die offene Machtfrage in Venezuela

Normen markieren. Wer darf wann und unter welchen Bedingungen gegen ein ausländisches Staatsoberhaupt vorgehen? Reicht eine Anklage wegen internationaler Verbrechen – oder bedarf es eines multilateralen Mandats? Und was bleibt von der Idee staatlicher Souveränität, wenn Machtpolitik offen zur Methode erklärt wird?

Am Ende steht ein Land am Abgrund: wirtschaftlich paralysiert, politisch zerrissen, institutionell entkernt. Die Verhaftung Maduros hat das Regime gestürzt – aber noch keinen neuen Staat hervorgebracht. Was bleibt, ist ein geopolitisches Vakuum, das nicht nur Washington, sondern auch Moskau und Peking zu füllen versuchen werden.

Autor: P. Tiko